

**Islamischer Terrorismus
eine Herausforderung für die Nachrichtendienste
Hans-Georg Wieck
November 2004**

Frühwarnung vor Terroranschlägen – Wunsch und Wirklichkeit

Stellt der Aufbau eines nationalen oder eines internationalen Frühwarnsystems gegen den islamischen Terrorismus eine reale Möglichkeit dar oder ist ein solches Projekt das Produkt von unerfüllbaren Wunschvorstellungen und Phantasien?

In der Diskussion über die Frage, wie Planungen gewaltsamer Anschläge des internationalen Terrorismus gegen staatliche und öffentliche Einrichtungen, zum Beispiel gegen Parlamentsgebäude oder Verkehrseinrichtungen wirksam durchkreuzt werden könnten, spielt der Gedanke, ja das Konzept eines umfassenden oder regional begrenzten Frühwarnsystems eine große Rolle. Der Gedanke findet in seiner allgemeinen Ausprägung vielfach Anklang und Unterstützung, verflüchtigt sich aber rasch wie es scheint ins Irreale, wenn die einzelnen Bestandteile eines solchen Frühwarnsystems zur Diskussion gestellt werden.

Bei der retrospektiven Analyse der Einzelmeldungen, die in Bezug auf einen später zur Durchführung gelangten Terroranschlag vorlagen und die als Indikationen für einen Anschlag hätten gewertet werden können oder müssen, wie zum Beispiel vor dem Anschlag auf das New Yorker Trade Centre und das Pentagon in Washington am 11. September 2001 oder aber vor dem Anschlag auf die Madrider Vorortzüge am 11. März 2004, wird die Forderung nach einem wirksamen Frühwarnsystem rasch wieder in die Diskussion eingeführt.

Die Widerstände gegen ein regionales oder globales Frühwarnsystem gegenüber einem unsichtbar und grenzüberschreitend operierenden Gegner kristallisieren sich weniger an den Bedenken, welche die technische und operationelle Durchführbarkeit eines solchen, vor allem von den Geheimen Nachrichtendiensten aufzubauenden Systems der Frühwarnung in Zweifel ziehen, sondern an der Unfähigkeit von Regierungen, ein Lagezentrum auf nationaler und auf internationaler Ebene zu schaffen, das sensitive Meldungen aus dem ND Sektor verschiedener Länder erhalten und in eine Lagebeurteilung integrieren sowie gegebenenfalls Warnungen vor Anschlägen vertraulich an Regierungen und internationale Einrichtungen weiterleiten könnte. Die polizeilichen und militärischen Einrichtungen, gegebenenfalls auch die diplomatischen Vertretungen und Außenämter würden im Falle solcher Warnungen präventiv tätig werden müssen.

Ungeachtet der bisherigen Integrationserfolge in Europa können - jedenfalls derzeit - polizeiliche und militärische Maßnahmen zur Festnahme von vermuteten Attentätern grenzüberschreitend nicht ohne Genehmigung des benachbarten Staates unternommen werden. Angesichts dieser Hemmnisse ist das Zustandekommen eines gemeinsamen europäischen Lagezentrum von entscheidender Bedeutung, um die nationalen Regierungen und andere staatliche Einrichtungen in die Lage zu versetzen, von einer international erstellten gemeinsamen Bedrohungsanalyse ausgehend im konkreten Fall mit nationalen Kräften schnell und wirksam handeln zu können.

Um Schaden an unseren gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen sowie den Menschen in diesen Staaten abzuwenden, sollten also die nationalen Strafverfolgungsbehörden oder die Streitkräfte durch ein internationales Frühwarnsystem, das

nationale Entsprechungen haben müsste, in die Lage versetzt werden, in Vorbereitung befindliche Operationen zu durchkreuzen.

Nicht mehr und nicht weniger ist gefordert. Aber die Schritte, die national und auf europäischer Ebene wie auch im NATO-Rahmen oder gar im transatlantischen Beziehungsgeflecht bislang unternommen worden sind, dürften weit davon entfernt sein, um als Erfolg versprechendes gemeinsames Frühwarnsystem angesprochen und eingestuft werden zu können.

In Deutschland gibt es seit kurzem unter der Dienst- und Fachaufsicht des Bundesministers des Innern ein Lagezentrum, das mit dem BKA, dem BfV und dem BND vernetzt ist. Es gibt aber kein allumfassendes Lagezentrum beim Bundessicherheitsrat, der als Plattform für Regierungsentscheidungen jederzeit und kurzfristig zusammentreten könnte, und dessen Lagezentrum die Meldungen auch des Auswärtigen Amtes, des Verteidigungsministeriums, der Zollbehörden, des Bundesgrenzschutzes und der entsprechenden Länderbehörden verarbeiten und in Warnungen umsetzen könnte. Auch im Falle eines solchen Lagezentrums würden die Kompetenzen der Ressorts und der Länderbehörden nicht ausgehöhlt werden, weil die Entscheidungen jeweils von den zuständigen Behörden und nicht von dem Koordinierungsinstrument des Bundessicherheitsrates selbst getroffen und durchgeführt würden.

Nur mit einem starken politischen Engagement des Bundeskanzlers selbst ließe sich eine solche Regelung erreichen, die auch Vorbild- und Modellcharakter für die Behandlung anderer Krisenfälle (Naturkatastrophen) und für den Fall von Rettungs- sowie Verfolgungsmaßnahmen nach Terroranschlägen gegen Ziele in der Bundesrepublik Deutschland haben würde.

Spatzen pfeifen es von den Dächern, dass es viele Informationen in westlichen Büros und Kanzleien gegeben hat, die – retrospektiv betrachtet und bewertet – als Indizien für die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 und vom 11. März 2004 hätten gewertet werden können, wenn sie alle an einer Stelle gesammelt, gesichtet und bewertet worden wären.

Die Notwendigkeit der Früherkennung wird heute in der Literatur und Publizistik anerkannt:

In dem im Jahre 2004 erschienenen **Sammelband der Bertelsmann Stiftung „Herausforderung Terrorismus – die Zukunft der Sicherheit“** – (2004) erörtern Christoph Gusy, (Professor, Jurist, Universität Bielefeld), und Eckart Werthebach, einer der früheren Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz, idealtypische Organisationsformen für die innere und äußere Sicherheit.

Zu erwähnen sind ferner

Jonathan Stevenson, “Counter Terrorism – Containment and Beyond”,
Adelphi Paper 367 2004,

Professor Joachim Krause „Internationale Politik“ 4/04 „Eine neue Dimension – Europa braucht eine Strategie gegen islamischen Terror“ sowie

Hans-Georg Wieck in Interviews und Aufsätzen von Andreas Förster in Berliner Zeitung 28.7. 2004 und 29./30. November 2004.

Auch in dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 22.10. 2004 wird zur Behebung von Schwachstellen in der Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsdiensten die Bildung eines „Zentrums zur Terrorismusbekämpfung“ gefordert. Zu den Aufgaben des rund um die Uhr aktiv besetzten Zentrums soll unter Beteiligung aller relevanten Behörden die Sammlung und systematische Auswertung der Informationen auf dem Gebiet des internationalen, insbesondere des islamistischen Terrorismus gehören.

Die Bundesregierung hat diese Vorschläge nicht aufgegriffen. Manche wenden ein, dass mit einem solchen Zentrum die Trennung zwischen Polizeien und Nachrichtendiensten aufgehoben würde. Das ist ein oberflächliches, im Übrigen auch nicht relevantes Argument. Das Zentrum hebt die Zuständigkeiten der Behörden für ihre polizeilichen oder nachrichtendienstlichen Aufgaben nicht auf, sondern optimiert für die Entscheidung der jeweiligen Behörden die Qualität der Informationsgrundlagen. Das Argument, wenn es denn schlüssig wäre, müsste auch gegenüber dem Regierungsbeschluss greifen, beim Bundesminister des Innern eine Islamisten-Datenbasis zu schaffen, an der Vertreter der BND, des Verfassungsschutzes und des BKA mitwirken.

Früherkennung und Frühwarnung in unserer Zeit

In der Abwesenheit eines effizienten EU oder NATO gestützten IT-Lagezentrums – eines Lagezentrums mit Vorwarnkapazität, wie es während des Kalten Krieges gegenüber der militärisch-politischen Bedrohung durch die Sowjetunion und den Warschauer Pakt bestanden hat, ist es notwendig, auf nationaler Basis durch bilaterale und informelle multilaterale Zusammenarbeit die ausländischen und inländischen Informationen über die Operationen des Internationalen Terrorismus zu sammeln und zu analysieren und dies in unmittelbarer Nähe der politischen Handlungsebene zu tun. Nur so kann aus Früherkenntnissen Frühwarnung werden, also ein Schritt der Regierung bzw. ihrer Organe gegenüber bedrohten Einrichtungen erfolgen.

Es ist heute herrschende Meinung, dass wir es beim internationalen Terrorismus islamistischer Art, wie ihn die Organisation Al Qaida betreibt und mit eigenen Verbindungen zu anderen Gruppen in vielen Teilen der Welt zu optimieren versucht, mit einer strategischen Bedrohung zu tun haben.

Europa ist Operationsgebiet von Al Qaida, auch wenn Aktionen nicht auf jeden Fall und nicht zu jeder Zeit gegen die Ziele in Deutschland und Europa gerichtet sind. Die Beseitigung der Operationsfähigkeit von Europa aus gegen Ziele in anderen Teilen der Welt, vor allem gegen Ziele in den in erster Linie bedrohten Vereinigten Staaten von Amerika hat die gleiche Priorität wie die Unterbindung von Aktionen gegen Ziele in Europa.

Früherkennung kann gelingen, wenn es auf Grund systematischer Kleinarbeit und Auswertung von Einzelerkenntnissen gelingt, die Verhaltensweisen von terroristischen Zellen sowie die bestehenden und in Fluss befindlichen Netzwerke zu erkennen und als Prozesse darzustellen. Bewegungen und Prozesse, Interessen oder Regionalverlagerungen innerhalb des terroristischen Gesamtnetzes werden so wahrnehmbar und können gedeutet werden. Dann werden durch zusätzlich gewonnene, manchmal durch winzige Detail-Informationen vorbereitende Schritte für einen Angriff erkennbar und Vorwarnungen können gegeben werden.

Berlin, Januar 2005